

Pressemitteilung

16.10.2026

Pressemitteilung Die Linke Stadtverband Trier

Nicht zusammen mit der Lobby, gegen sie: Zum geplanten Vergesellschaftungsverbot von Bundesbauministerin Verena Hubertz

„Dass wir dringend mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen, da würde ich Verena Hubertz ja noch zustimmen“, erklärt Co-Vorsitz des Trierer Stadtverbands der Linken Lin Lindner, „verloren hatte sie mich aber bei der Behauptung, daran täglich zu arbeiten.“ Denn statt Mieterinnen und Mieter zu schützen, stelle sich die SPD-Bauministerin, nachdem sie das Wohngeld drastisch eingekürzt hat, auf die Seite von dreisten Vermietern und großen Wohnungskonzernen. Mit einem neuen Gesetz will sie jetzt die Vergesellschaftung verbieten.

Ihre Entscheidung begründet Hubertz damit, dass sich Investoren fragen würden, ob ihre Investitionen noch sicher seien. Deshalb schreibt die Regierung für Vonovia & Co. ein Schutzgesetz, während die Mieterinnen und Mietern die nächste Erhöhung bekommen. „Das Ziel von so großen Wohnungskonzernen ist es doch, jedes Jahr den Mietenden noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, um selbst fette Gewinne einzufahren“, so Lindner weiter. Die Aktionäre erhalten dieses Jahr rund eine Milliarde Euro Dividende, die von den viel zu hohen Mieten der arbeitenden Menschen bezahlt wird.

„Natürlich müssen wir auch weitere Wohnungen bauen, durch eine Vergesellschaftung würden die Mieten allerdings zusätzlich sinken“, erklärt Lindner, „es geht nicht nur das eine oder das andere, das Leben ist kein Wunschkonzert.“

Was es aber laut der Trierer Linken sicher nicht braucht sind noch mehr Luxuswohnungen, die sich nur die Superreichen leisten können, aber kein einziger Arbeiter: „Deshalb müssen wir alle Hebel umlegen, nicht zusammen mit der Lobby, sondern gegen sie!“